

Antrag /I/2018**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Arbeiter*innenbewegung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung als verpflichtende Module im Unterricht verankern**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-
 2 geordnetenhauses und des Berliner Senats dazu auf, sich
 3 dafür einzusetzen,

4

- 5 • in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte
- 6 und Sozialkunde für die Sekundarstufe I,
- 7 • in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte
- 8 und Politik für die Sekundarstufe II sowie
- 9 • im Rahmenlehrplan des perspektivisch eingeführ-
- 10 ten Faches Politik für die Sekundarstufe I

11

12 die Module „Arbeiter*innenbewegung“, „Arbeitskampf“
 13 und „betriebliche Mitbestimmung“ als Pflichtmodule zu
 14 verankern.

15

16 Die genannten Themen sind dabei sinnvoll in die Pflicht-
 17 module einzubetten. Bei der Integration dieser Pflichtmo-
 18 dule ist darauf zu achten, dass sich alle Schüler*innen in-
 19 nerhalb der Sekundarstufe I unabhängig von der Fächer-
 20 wahl, Schulform und ihres erreichten Schulabschlusses
 21 mit den Grundlagen dieser Module auseinandergesetzt
 22 haben. In der Sekundarstufe II erfolgt die Vertiefung die-
 23 ser Module.

24

25

Begründung

27 Die Schule hat neben der Vermittlung von Wissen und
 28 Können unter anderem die zentrale Aufgabe, Schüler*in-
 29 nen darin zu fördern, sich für sich und andere einzuset-
 30 zen und ein aktives soziales Handeln zu entwickeln. Dar-
 31 über hinaus soll Schule im Sinne der Berufsorientierung
 32 die Schüler*innen dazu befähigen, eine für sie sinnvolle
 33 und nützliche Beschäftigung zu finden, dieser nachgehen
 34 zu können und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen
 35 zu können.

36

37 Schüler*innen sollten darin gefördert werden, sich ihrer
 38 zukünftigen Arbeitssituation im Kontext eines kapitalisti-
 39 schen Systems mit ungleicher Verteilung an Produktions-
 40 mitteln sowie dem Widerspruch zwischen Arbeit und Ka-
 41 pital bewusst zu sein. Gleichzeitig sind Schüler*innen da-
 42 zu zu befähigen, für ihre Rechte, für gute Arbeit, eine ge-
 43 rechte Verteilung und Beteiligung zu streiten und sich or-
 44 ganisieren zu können.

45

46 Momentan ist jedoch festzustellen, dass das Bildungssys-
 47 tem Schüler*innen in dieser Hinsicht kaum fördert. Die
 48 Berufsorientierung reduziert sich auf berufspraktische Er-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Annahme in der Fassung des FA Stadt des Wissens:**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-
 geordnetenhauses und des Berliner Senats dazu auf, sich
 dafür einzusetzen im Rahmenlehrplan des Faches Politik
 für die Sekundarstufe I die Module Arbeiter*innenbewe-
 gung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung als
 Pflichtmodule zu verankern.

Begründung: Der Fachausschuss unterstützt die Intention
 der Antragsteller*innen. Eine Veränderung des Rahmen-
 plans Geschichte bzw. Sozialkunde wäre ein jahrelanger
 Prozess, da eine Einigung mit dem Land Brandenburg er-
 forderlich wäre. Daher bietet sich das neue Fach Politik für
 die Umsetzung der von den Antragsteller*innen geforder-
 ten Inhalte an.

(LPT I/2018: Überweisung an FA Stadt des Wissens und AfA
 unter Beteiligung der Antragsteller und Jusos)

49 probungen durch Berufspraktika und die Schwerpunkt-
50 setzung auf die Berufswahl in den Jahrgangsstufen 8 -
51 10. Themen wie die Arbeiter*innenbewegung, Formen be-
52 trieblicher Mitbestimmung, gewerkschaftliche Arbeit und
53 Strukturen gehören nicht zu den Pflichtthemen. Letzt-
54 lich bedeutet dies in der Realität in den allermeisten Fäl-
55 len, dass Schüler*innen in ihrer gesamten Schullaufbahn
56 überhaupt nicht mit diesen Themen in Berührung kom-
57 men.

58

59 Um dem skizzierten Bildungsauftrag der Schule umfas-
60 send gerecht zu werden, sind die folgenden Themen un-
61 verzichtbar:

- 62 • die historische Entwicklung von Arbeit im Kapitalis-
63 mus,
- 64 • die historische Entwicklung und gesellschaftliche
65 Bedeutung der Arbeiter*innenbewegung,
- 66 • Arbeitnehmer*innenrechte (auch Berufsbildungs-
67 gesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz),
- 68 • die Formen des Arbeitskampfes,
- 69 • Aufbau, Aufgabe und Arbeit der Gewerkschaften,
- 70 • Grundlagen der Tarifpolitik,
- 71 • Formen der betrieblichen Mitbestimmung (insbe-
72 sondere durch Betriebsräte).

73

74 Wir wollen diese Themen als verpflichtende Themen im
75 Unterricht stärken. Das Ziel muss es sein, dass unabhän-
76 gig von der Schulform (ISS oder Gymnasium) und des er-
77 reichten Schulabschlusses (BBR, MSA oder Abitur) sämt-
78 liche Schüler*innen grundlegende und/oder vertiefende
79 Kenntnisse in den genannten Themen erwerben.